

**GAZPROM****RUSSISCH-DEUTSCHE KONSULTATIONEN IN TOMSK**

■ ANALYSE

Gazprom – ein verlässlicher Partner für die europäische Energieversorgung?
Andreas Heinrich, Koszalin

2

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Zahlen zu den russischen Erdgasexporten

7

■ DOKUMENTATION

Die Struktur der russischen Erdöl- und Erdgaswirtschaft im Wandel

9

■ ANALYSE

Gazprom in seiner Förderregion. Julia Kusznir, Bremen

11

■ PRESSESTIMMEN

Die russisch-deutschen Konsultationen in Tomsk

14

■ STATISTIK

Russlands Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland

16

■ UMFRAGE

Die Meinung der Russen über Deutschland

18

■ CHRONIK

Vom 20. bis zum 27. April 2006

20

Analyse

Gazprom – ein verlässlicher Partner für die europäische Energieversorgung?

Von Andreas Heinrich, KICES, Koszalin

Zusammenfassung

Der Erdgaskonflikt mit der Ukraine, der im Januar 2006 auch zu Lieferausfällen in Mittel- und Westeuropa führte sowie Gazproms Drohung vom April 2006, Lieferungen einzustellen, falls dem Unternehmen kein Zugang zu EU-Endverbrauchern gewährt würde, riefen in der EU und auch in Deutschland vielfach Sorge um die Zuverlässigkeit Gazproms – und damit Russlands – als Erdgaslieferant hervor. Gazprom strebt einerseits eine verstärkte Integration in den Weltmarkt an und sucht andererseits seine dominante Monopolposition in den intransparenten GUS-Märkten zu behaupten. Das Unternehmen begrenzt den Wettbewerb auf dem postsowjetischen Gasmarkt und tritt auf den Auslandsmärkten als alleiniger Anbieter von Erdgas aus Russland und Zentralasien auf. Gazproms Strategie innerhalb der GUS lässt sich grundsätzlich nicht mit den energiepolitischen Vorstellungen der EU von Wettbewerb und Nichtdiskriminierung vereinbaren. Trotz dieser Widersprüche hat sich Gazprom bisher als verlässlicher Erdgaslieferant für die EU erwiesen. Verstärkte Konkurrenz auf der Nachfrageseite aus Asien (hier ist vor allem China zu nennen) dürfte mittel- und langfristig eine verstärkte Erdgasversorgung aus Russland allerdings wesentlich erschweren.

Einleitung

Der Erdgaskonflikt mit der Ukraine, der im Januar 2006 auch zu Lieferausfällen in Mittel- und Westeuropa führte, rief in der EU und auch in Deutschland vielfach Sorge um die Zuverlässigkeit Russlands – und damit Gazproms – als Erdgaslieferant hervor. Der Beitrag analysiert deshalb die Motive, Pläne und die Handlungslogik von Gazprom, um festzustellen, ob Gazprom als ein eigenständiger Akteur oder als verlängerter Arm der russischen Regierung auftritt, bzw. wer die Unternehmenspolitik bestimmt. Dabei ist zu unterscheiden zwischen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die Russland als seine Einflussphäre betrachtete und dem aus russischer Sicht „fernen“ Ausland.

In der GUS versucht der russische Erdgasmonopolist Gazprom den Wettbewerb zu begrenzen, intransparente Handelsstrukturen zu konservieren und so auf den Auslandsmärkten als alleiniger Anbieter von Erdgas aus Russland und Zentralasien aufzutreten. Gazprom bevorzugt so die Beibehaltung staatlich regulierter Märkte (allerdings bei einer deutlichen Erhöhung der staatlich gesetzten Erdgaspreise) und versucht in Kooperation mit der russischen Außenpolitik die Erdgaswirtschaft auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion unter seiner Führung wieder zu vereinigen.

Das Verhalten Gazproms in Russland und innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) unterscheidet sich somit grundsätzlich von seinem Auftreten auf internationalen Märkten. Deshalb muss zwischen der Ebene der GUS – im russischen

Sprachgebrauch dem „Nahen Ausland“ – und der internationalen Ebene jenseits der GUS unterschieden werden. Damit soll dem nach wie vor institutionell unterschiedlichen Gefüge der Märkte, auf denen Gazprom tätig ist, ebenso Rechnung getragen werden, wie dem Verständnis der russischen Regierung von Einflusssphären, das die GUS immer noch als russischen Hegemoniebereich ansieht.

Gazprom und die GUS

Im „Nahen Ausland“ versuchte das Unternehmen in den 1990er Jahren in enger Kooperation mit dem russischen Staat einen einheitlichen Energiesektor zu re-installieren und damit die regulierten Märkte auszuweiten. Dazu sollen unter russischer Führung transnationale Unternehmen gegründet und Entwicklungs- und Produktionsprojekte gemeinsam durchgeführt werden. Auch von staatlichen Stellen ausgehandelte Energielieferungen sowie russische Kredite zur Finanzierung dienen der Einbindung der Erdgaswirtschaft der GUS-Länder. Die auch durch diese Art der Finanzierung weiter forcierte Verschuldung der Abnehmerländer soll zum Erwerb von Unternehmensanteilen im Energiesektor des jeweiligen Landes genutzt werden.

Auf der Ebene des „Nahen Auslands“ ist eine wechselseitige Beeinflussung und Instrumentalisierung zwischen Gazprom und der russischen Regierung die Regel. Diese erfolgt trotz grundsätzlicher Interessengleichheit nicht immer im Rahmen einer Kooperation. Aktionen des einen Akteurs haben wiederholt die Zieldurchsetzung des anderen Akteurs behindert oder sogar verhindert. Dies soll am Beispiel

von Transitländern und Erdgasproduzenten verdeutlicht werden.

Schwächung der zentralasiatischen Konkurrenz

Gazprom setzt alles daran, die auf den Weltmarkt strebende zentralasiatische Konkurrenz zu kontrollieren. Bisher laufen alle Exportpipelines für Erdgas aus Zentralasien über russisches Territorium. Die Planung und Durchführung von alternativen Exportrouten, die Russland umgehen, wird von Gazprom und der russischen Regierung massiv hintertrieben.

Der mit Abstand wichtigste zentralasiatische Erdgasproduzent ist Turkmenistan. Bis 1994 hatte Gazprom Turkmenistan eine Durchleitungsquote von 11% der Gesamtkapazität des Pipelinenetzes eingeräumt. Danach verweigerte Gazprom Turkmenistan diese Durchleitungsquote und bemühte sich statt dessen, eigenes Erdgas an die Kunden Turkmenistans zu verkaufen. Selbst der Zugang zu den zahlungsschwachen Kunden in der GUS wurde Turkmenistan von Gazprom stark erschwert.

Die Situation verbesserte sich erst 2000, als Gazproms eigene Produktion nicht mehr zur Deckung aller Lieferverpflichtungen ausreichte. Gazprom überließ deshalb Turkmenistan einen Teil der zahlungsschwachen Niedrigpreissegmente im GUS-Markt, um seine Lieferverpflichtungen gegenüber west- und mitteleuropäischen Kunden erfüllen zu können. Seitdem spielt Turkmenistan eine bedeutende Rolle in Gazproms Unternehmenstrategie. Dies zeigte sich auch bei der vorläufigen Lösung der Gaskonflikts mit der Ukraine im Januar 2006. Turkmenistan wird zum Hauptlieferanten für die Ukraine und soll mit billigen Lieferungen die hohen Preise Gazproms kompensieren. Während Gazprom so 230 US-Dollar für sein Erdgas verlangt, muss die Ukraine im Durchschnitt nur 95 US-Dollar bezahlen. Diese Preisdifferenz geht zu Lasten Turkmenistans.

Gazproms Weigerung, turkmenisches Erdgas ins zahlungskräftige Westeuropa durchzuleiten, zwang Turkmenistan dazu, nach Exportmöglichkeiten im Süden zu suchen, die Russland umgehen. Diese Projekte sind aber allesamt gescheitert und in absehbarer Zeit wird Turkmenistan damit auf russische Exportpipelines angewiesen bleiben. Turkmenistan war deshalb nur begrenzt in der Lage, seine Bedeutung für Gazproms Versorgungsstrategie in eine stärkere Verhandlungsposition umzusetzen. Die erreichten Preiserhöhungen für turkmenisches Erdgas liegen weit unter den Preissteigerungen, die Gazprom gegenüber seinen nicht-russischen Kunden durchgesetzt hat.

Da Gazprom nach wie vor der alleinige Betreiber

der durch Russland führenden Gaspipelines aus Zentralasien ist, kann es die zentralasiatischen Anbieter vom direkten Exportgeschäft fernhalten. Wettbewerb auf dem GUS-Erdgasmarkt wird auf diese Weise weitgehend verhindert. Eine Liberalisierung des russischen Ergassektors, was eine Aufgliederung von Produktion, Transport und Verkauf in unabhängig voneinander agierende Unternehmen bedeuten würde, wurde von der russischen Regierung zumindest auf absehbare Zeit verworfen. Selbst die in der europäischen Energiecharta vorgesehenen Garantien für Transitlieferungen werden von der russischen Seite abgelehnt.

Gazprom und die Transitländer

Innerhalb der GUS versucht Gazprom die Erdgas-Infrastruktur und insbesondere die Exportpipelines unter seine Kontrolle zu bringen. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Ukraine und Belarus, da etwa 85% der russischen Erdgasexporte gehen durch diese beiden Länder gehen. Die beiden Transitländer sind zugleich auch Abnehmer russischen Erdgases. Jahrelang aufgehäuften Zahlungsrückstände für Erdgaslieferungen bieten Gazprom so theoretisch ein Druckmittel, um einer Interessendurchsetzung näher zu kommen. Das Unternehmen ist daher seit Jahren bemüht, Eigentumsrechte an den Transportpipelines oder den Betreibergesellschaften gegen die Verrechnung der Schulden zu erwerben. Bisher ist dies nur selten gelungen. Insbesondere die Ukraine hat aber ihre starke Position als Transitland regelmäßig benutzt, um ihre schwache Position als Kunde und Schuldner Gazproms zu kompensieren.

Das Verhältnis zur Ukraine war lange Zeit durch Streitigkeiten über Schulden für geliefertes russisches Erdgas, Transitgebühren und über die Behauptung Gazproms, die Ukraine würde den Transitpipelines widerrechtlich Erdgas zur eigenen Verwendung entnehmen, geprägt. In dem Versuch, die Streitigkeiten beizulegen und die Ukraine zur Begleichung der Schulden zu bewegen, wurde Gazprom von der russischen Regierung unterstützt. Gemeinsam versuchten sie, Druck auf die ukrainischen Verhandlungspartner auszuüben.

Die langanhaltenden Streitigkeiten mit der Ukraine bewogen Gazprom alternative Transportrouten ins Auge zu fassen. Damit sollte das Transportmonopol der Ukraine gebrochen und generell der Transit durch Staaten der ehemaligen Sowjetunion weitestgehend reduziert werden. Eine dieser Alternativen ist die 1999 in Betrieb genommene Jamal-Europa Pipeline von Westsibirien durch Belarus und Polen nach Deutschland. Zwar umgeht diese Pipeline die

Ukraine, eine Beendigung der Konflikte mit den Transitländern ist auch durch sie nicht erreicht worden.

Die Bedeutung von Belarus als Transitland wurde durch den Bau der Jamal-Europa Pipeline gesteigert. Daher musste Gazprom sich bezüglich der Erdgasschulden auch dieses Landes kompromißbereit zeigen. Zudem nahm die russische Regierung Einfluß auf die Preisgestaltung und die Zahlungsmodalitäten. Dies vor allem, um die geplante politische und wirtschaftliche Union der beiden Staaten nicht durch Gazproms Geschäftspolitik zu gefährden.

Trotz der Kompromisse Gazproms häuften sich die Streitigkeiten mit Belarus, was zu Jahresbeginn 2004 zur Unterbrechung der Belieferung durch die Jamal-Europa Pipeline führte. Gazprom hoffte, so Druck auf die belarussische Regierung ausüben zu können, um seine Preisforderungen durchzusetzen und die vollständige Kontrolle über die Jamal-Europa Pipeline zu erhalten. Dabei wurde das Unternehmen von der russischen Regierung unterstützt. Gazproms Aktion blieb ohne grossen Erfolg und wurde nach wenigen Tagen wieder beendet. Erst im Dezember 2005 erhielt das Unternehmen dann doch Kontrolle über die Jamal-Europa Pipeline. Als Gegenleistung beliefert Gazprom Belarus bisher zu einem Bruchteil des europäischen Durchschnittspreises. Einen Überblick über Gazproms Preisgestaltung gibt Tabelle 1.

Um seine Exporte unabhängiger zu machen und

Tabelle 1: Gazproms Preise für eigenes Erdgas (US\$ pro 1000m³)

	2005	2006
GUS		
Ukraine	50	230
Belarus	47	47
Georgien	68	110
Aserbaidschan	60	110
Armenien	56	110
Estland, Lettland, Litauen	85–95	120–125
Moldawien	80	160
Russland		
Durchschnittspreis Inland	38	46
Europa		
Durchschnittspreis Westeuropa	174	250
Deutschland	200	k. A.
Polen	120	k. A.
Türkei	75	k. A.

Quelle: Roland Götz, SWP Aktuell Nr. 3, www.swp-berlin.org

bestehenden Schwierigkeiten mit Belarus und Polen aus dem Weg zu gehen, begann Gazprom 2004 mit der Planung einer Pipeline durch die Ostsee (NEGP) nach Deutschland, die – wie die seit 2002 operierende „Blauer Strom“-Pipeline durch das Schwarze Meer in die Türkei – jegliche Transitländer vermeidet. Aber auch diese Pipeline wird nach ihrer geplanten Fertigstellung 2010 Gazproms Abhängigkeit bestenfalls verringern. Im Jahre 2005 flossen 73% des russischen Erdgases nach Mittel- und Westeuropa (ausgenommen Finnland) durch die Ukraine. Selbst nach der geplanten Fertigstellung der Ostseepipeline 2010 wird die Ukraine noch rund 66% der russischen Exportkapazitäten nach Mittel- und Westeuropa kontrollieren. (siehe Tabelle 2 auf Seite 5)

Da Gazprom auch weiterhin zu einem starken Maße von der Ukraine als Transitland abhängig sein wird, scheinen weitere Konflikte wie der Gaskonflikt im Januar 2006 vorprogrammiert. Während die letztmalige Unterbrechung der Erdgasbelieferung der Ukraine Anfang der 1990er Jahre in der internationalen Öffentlichkeit weitgehend in Vergessenheit geraten ist, haben die Ereignisse vom Januar 2006 nachhaltiges internationales Interesse erzeugt und eine Diskussion über die Energiesicherheit in Europa ausgelöst. Dies wohl vor allem, da diesmal auch einflussreiche Erdgasverbraucher, wie z. B. Deutschland, einen Druckabfall in ihren Pipelines bemerkten. Zu Jahresbeginn 2004, als nur Polen und die Baltischen Staaten von der Unterbrechung der Belieferung durch die Jamal-Europa Pipeline betroffen waren, blieb die internationale Resonanz gering.

Gazprom ist und bleibt abhängig von Transitländern, vor allem von der Ukraine. Das Verhältnis des Unternehmens zu seinen Transitländern ist aber geprägt von kontinuierlich wiederkehrenden Konflikten. Diese Konflikte, so die Befürchtungen in Europa, können die europäische Erdgasversorgung gefährden.

Gazprom und die internationalen Gasverbraucher

Auf der internationalen Ebene jenseits der GUS läßt sich keine nennenswerte wechselseitige Beeinflussung von Gazproms Strategie und russischer Aussenpolitik feststellen. Gazprom verfolgt hier eine eigenständige, marktkonforme Politik und sucht die Kooperation mit den Transit- und Abnehmerländern in Westeuropa. Die Unternehmensaktivitäten orientieren sich zunehmend an den internationalen Gepflogenheiten und unterscheiden sich nicht wesentlich von denen anderer international operierender Energieunternehmen. Eine Unterstützung durch die russische Regierung geht hier nicht über eine Schaffung

Tabelle 2: Gazproms Exportrouten (in Mrd. m³)

Pipeline	Route	Kapazität 2005	Kapazität 2010
„Bruderschaft“/ „Union“ (Sowjetisches Pipelinenetz)	Russland – Ukraine – Zentraleuropa	130	130
„Nordlicht“ (Sowjetisches Pipelinenetz)	Russland – Belarus – Ukraine – Zentraleuropa	25	25
Trans-Balkans (Sowjetisches Pipelinenetz)	Russland – Ukraine – Balkan	20	20
Finnland Connector (Sowjetisches Pipelinenetz, ausgebaut 1999)	Russland – Finnland	20	20
Jamal-Europa (seit 1999 in Betrieb)	Russland – Belarus – Polen – Westeuropa	28	28
„Blauer Strom“ (seit 2002 in Betrieb)	Russland – Schwarzes Meer – Türkei	16	16
Ostseepipeline (Inbetriebnahme für 2010 geplant)	Russland – Ostsee – Deutschland	—	28
Gesamtkapazität		239	267

kooperativer Rahmenbedingungen hinaus, was auch in westlichen Ländern üblich ist.

Gazproms Unternehmenspolitik in den Ländern mittel- und osteuropäischen Staaten des ehemaligen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) war hingegen besonders zu Beginn der 1990er Jahre sehr ambivalent. Das Unternehmen schwankte in seiner Vorgehensweise zwischen den Methoden, die gegenüber Staaten der ehemaligen Sowjetunion angewandt werden, und der Anerkennung internationaler Gepflogenheiten, wie sie westlichen Geschäftspartnern gegenüber üblich sind. Nach Beginn des Aufnahmeverfahrens, aber spätestens seit dem EU-Beitritt vieler dieser Länder hat sich Gazproms Verhalten weitgehend an den internationalen Gepflogenheiten orientiert. Als verbleibende Besonderheit kann der rauhere Ton in den Verhandlungen zwischen Gazprom und den neuen EU-Mitgliedern angesehen werden, bedingt durch das Gazprom in diesen Ländern und insbesondere Polen entgegengebrachte Misstrauen. (siehe Tabelle 3 auf Seite 6).

Es stellt sich die Frage, ob dieses Misstrauen unter Berücksichtigung der Ereignisse in der Ukraine im Januar 2006 auch für andere Verbraucherländer angemessen wäre. „Während der Kreml mit der Gasaffäre sein Image beschädigt hat, gab Gazprom bei nüchterner Betrachtung keinen Anlass zu Zweifeln an seiner Verlässlichkeit als Lieferant. Gerade der Umstand, dass man genötigt war, die Einstellung der Gaslieferungen an die Ukraine schleunigst wieder rückgängig zu machen, macht deutlich, dass das Drehen am Gashahn für Russland keine wirkliche Handlungsoption darstellt. Die russische Seite kann weder die Transitländer noch die europäischen Endkunden ernstlich erpressen, weil sie auf beide elementar angewiesen ist“ (Roland Götz in Ukraine-Analyse Nr. 2/2006).

Ein hohes Maß numerischer Abhängigkeit von

russischem Erdgas weisen vor allem die GUS-Staaten sowie die osteuropäischen EU-Staaten auf (Tabelle 3). Demgegenüber ist die Abhängigkeit der westeuropäischen Länder vergleichsweise gering. Unter Berücksichtigung der europäischen Eigenproduktion ist diese Abhängigkeit noch geringer. Auch Deutschland, als mit Abstand grösster Abnehmer russischen Erdgases in Westeuropa, hat es verstanden, den russischen Anteil am Erdgasaufkommen mit rund einem Drittel seit den 1970er Jahren konstant zu halten.

Nichtsdestotrotz sollte eine weitere räumliche Diversifizierung der Energieversorgung als Instrument der Energiesicherheit nicht vernachlässigt werden. Dazu dienen sind eine Reihe von Projekten, wie neue Pipelines aus Nordafrika sowie die von der türkischen Ostgrenze nach Südeuropa verlaufende „Nabucco“ Pipeline und weitere Flüssiggasterminals. Dies erscheint umso wichtiger, nachdem Gazprom im März 2006 ein Gaslieferungsabkommen mit China abgeschlossen hat. Die verstärkte Konkurrenz auf der Nachfrageseite dürfte mittel- und langfristig eine verstärkte Erdgasversorgung aus Russland wesentlich erschweren. Zudem belastet der Erdgaskonflikt mit der Ukraine vom Januar 2006 die Beziehungen Gazproms zur EU. Die durch den Konflikt hervorgerufene Politisierung der Energiebeziehungen zwischen Gazprom und seinen Abnehmerländern in der EU ist für niemanden von Vorteil. Die politische Aufregtheit auf der europäischen Bühne ruft auf russischer Seite Starrköpfigkeit hervor. Während europäische Regierungen eine gesetzliche Einschränkung von Gazproms Expansionsdrang diskutieren, droht Gazprom im Gegenzug mit einer Umleitung seiner Exporte nach Asien und Nordamerika. Diese unnötige Eskalation gefährdet eine funktionierende Partnerschaft, die auf gegenseitiger Abhängigkeit beruht und von keiner Seite aufgekündigt werden kann.

Tabelle 3: Erdgaseinfuhren aus Russland 2004

	Import aus Russland (Mrd. m ³)	Anteil am gesamten Import
EU 25		
Estland	0,9	100%
Finnland	4,3	100%
Lettland	1,5	94%
Litauen	2,9	94%
Ungarn	9,3	85%
Griechenland	2,2	80%
Slowakei	5,8	80%
Österreich	6,0	77%
Tschechien	6,8	69%
Polen	6,3	69%
Deutschland	37,3	41%
Italien	21,6	35%
Frankreich	13,3	30%
GUS		
Moldawien	2,7	100%
Aserbaidschan	4,9	89%
Belarus*	10,2	52%
Ukraine*	34,3	50%
Andere		
Serbien	2,3	100%
Bulgarien	3,1	100%
Rumänien	4,1	70%
Türkei	14,5	65%

* Nicht erfasst sind erhebliche Importe aus Zentralasien.

Quelle: Roland Götz, SWP Aktuell Nr. 3,

www.swp-berlin.org

Resümee

Gazprom strebt einerseits eine verstärkte Integration in den Weltmarkt an und sucht andererseits seine dominante Monopolposition in den intransparenten GUS-Märkten zu behaupten. Das Unternehmen begrenzt den Wettbewerb auf dem postsowjetischen Gasmarkt und tritt auf den Auslandsmärkten als alleiniger Anbieter von Erdgas aus Russland und Zentralasien auf. Durch den Kauf vergleichsweise billigen Erdgases aus Zentralasien ist das Unternehmen in der Lage, russisches Erdgas zu wesentlich höheren

Preisen in Europa abzusetzen und so beträchtlich Gewinne zu erlangen. Diesem Ziel dient auch der Versuch, die Exportpipelines wieder zurückzugewinnen, die nach dem Ende der Sowjetunion in das Eigentum der Nachfolgestaaten der UdSSR gefallen waren. Diese – aus Unternehmenssicht durchaus rationale – Strategie findet die Unterstützung des Kreml.

In der GUS sind die Interessen offizieller russischer Außenpolitik und die Unternehmenspolitik von Gazprom weitgehend gleichgerichtet. Den Aktivitäten Gazproms werden daher von staatlicher Seite in der Regel keine Widerstände entgegengebracht. Zu einer direkten Unterstützung der Unternehmenspolitik ist die russische Regierung aber meist nicht in der Lage. Auf der internationalen Ebene jenseits der ehemaligen Sowjetunion wird dies auch von keinem der beiden Akteure angestrebt. Daher ist die russische Außenpolitik nur begrenzt von Gazprom instrumentalisiert und Gazprom auch nur in Einzelfällen ein Instrument der russischen Außenpolitik.

Gazproms Strategie innerhalb der GUS lässt sich grundsätzlich nicht mit den energiepolitischen Vorstellungen der EU von Wettbewerb und Nichtdiskriminierung vereinbaren. Russland hat dementsprechend die Energiecharta, die auf diesen Vorstellungen basiert, bisher nicht ratifiziert. Die Anwendung der Energiecharta auf dem Gebiet der GUS böte aber die Chance, Konflikte wie den russisch-ukrainischen Gasstreit vom Januar 2006 bereits vor einer weitreichenden Eskalation zu regeln. Dies allerdings würde einhergehen mit einem russischen Verzicht auf energiepolitische Dominanz.

Trotz dieser Widersprüche hat sich Gazprom bisher als verlässlicher Erdgaslieferant für die EU erwiesen. Aber auch wenn Gazprom für die EU und Deutschland keinen Risikofaktor für die Energiesicherheit per se darstellt, ist doch eine Fortschreibung der bisherigen Diversifizierungsbemühungen geraten, da z. B. technische Schwierigkeiten nie auszuschließen sind. Eine weitergehende Intensivierung der Energiebeziehungen zu Russland, wie Deutschland sie mit der Ostseepipeline eingegangen ist, scheint für die EU nicht angeraten. Auch für Deutschland darf dies nicht bedeuten, den Anteil russischen Erdgases an der Versorgung deutlich über ein Drittel auszubauen.

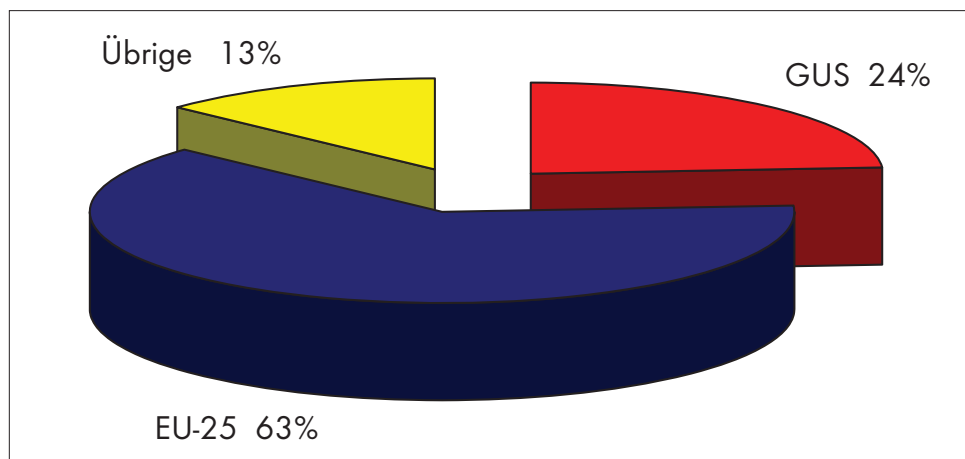
Redaktion: Heiko Pleines

Über den Autoren:

Dr. Andreas Heinrich ist Senior Researcher am Koszalin Institute of Comparative European Studies (KICES) in Koszalin, Polen. Ab September 2006 wird er als Fellow des Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington DC ein Projekt zu "European Pipeline Politics: Conflict and Cooperation" durchführen.

Lesetipps:

- Der russisch-ukrainische Erdgasstreit, Ukraine-Analysen Nr. 2 (2006), www.ukraine-analysen.de
- Andreas Heinrich: Between a Rock and a Hard Place: The Energy Sector in Central and Eastern Europe. In: Kari Liuheto/ Zsuzsanna Vincze (Hg.): *Wider Europe*. Tampere: Esa Print 2005, S. 457–490.
- Jonathan Stern: *The Russian-Ukrainian gas crisis of January 2006*. Oxford: Oxford Institute for Energy Studies 2006.

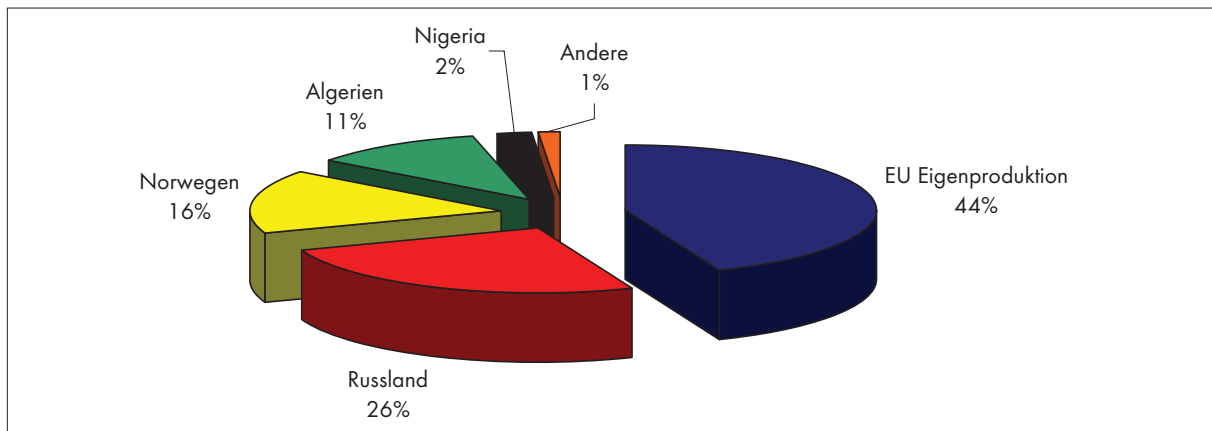
Tabellen und Grafiken zum Text
Zahlen zu den russischen Erdgasexporten
Grafik 1: Russische Erdgasexporte


NB: Tabellen 1 bis 3 sind im Text.

Tabelle 4: Gazproms Erdgasexporte (in Mrd. m³)

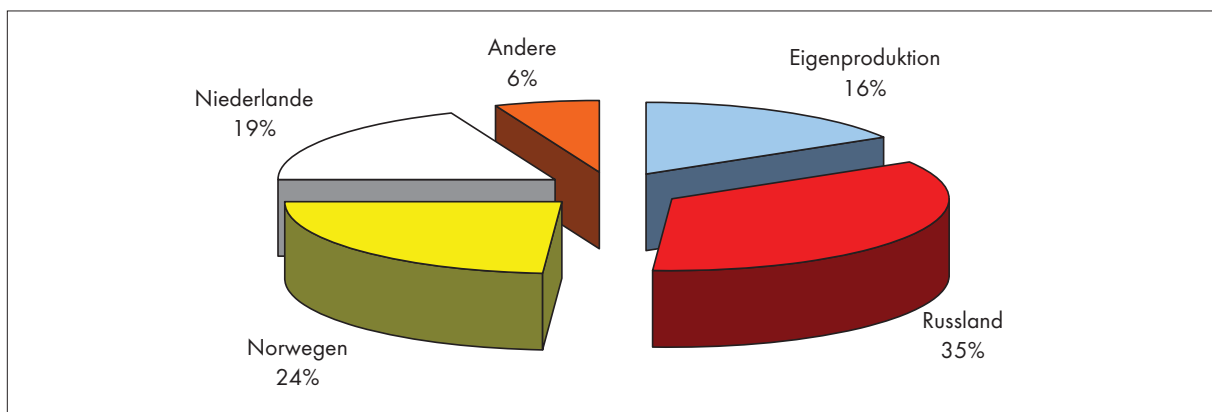
	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Nach Westeuropa (einschließlich Türkei)	88,5 (50,9%)	90,4 (52,0%)	86,3 (51,8%)	87,1 (51,6%)	89,0 (50,7%)	101,9 (52,8%)
Deutschland	34,9	34,1	32,6	31,5	29,6	36,1
Italien	19,8	21,8	20,2	19,3	19,7	21,6
Frankreich	13,4	12,9	11,2	11,4	11,2	13,3
Österreich	5,4	5,1	4,9	5,2	6,0	6,0
Türkei	8,9	10,2	11,1	11,8	12,9	14,5
Finnland	4,2	4,3	4,5	4,6	5,1	5,0
Nach Mitteleuropa	38,3 (22,0%)	39,9 (23,0)	40,0 (24,0%)	41,5 (24,6%)	43,8 (25,0%)	38,6 (20,0%)
Tschechien	7,8	7,5	7,5	7,4	7,4	6,8
Slowakei	7,5	7,9	7,5	7,7	7,3	5,8
Polen	6,1	6,8	7,5	7,2	7,4	6,3
Ungarn	7,4	7,8	8,0	9,1	10,4	9,3
Bulgarien	3,2	3,2	3,3	2,8	2,9	3,0
Rumänien	3,2	3,2	2,9	3,5	5,1	4,1
In die ehemalige Sowjetunion	47,2 (27,1%)	43,4 (25,0%)	39,6 (23,8%)	42,3 (25,0%)	42,6 (24,3%)	52,5 (27,2%)
Ukraine	29,6	27,2	21,9	25,9	25,0	34,4
Weißrußland	12,2	10,8	11,6	10,2	10,4	10,2
Moldawien	2,1	1,8	2,1	2,1	2,2	1,8
Baltische Staaten	3,2	3,6	k. A.	4,1	k. A.	5,3
Gesamlexport	174,0	173,7	166,5	168,9	175,5	193,0

Quelle: Unternehmensangaben.

Grafik 2: Erdgasaufkommen der EU 25


Herkunftsland	Menge (in Mrd. m ³)
EU Eigenproduktion	207,9
Russland	122,18
Norwegen	74,79
Algerien	52,62
Nigeria	10,75
Andere	6,7

Quelle: BP Statistical Review of World Energy 2005, S. 27–28; eigene Berechnungen.

Grafik 3: Erdgasaufkommen in Deutschland


Herkunftsland	Menge (in Mrd. m ³)
Eigenproduktion	16,4
Russland	35
Norwegen	24
Niederlande	19
Andere	6

Quelle: Ruhrgas (2005) Report of the Industry 2005, S. 45–46; BP Statistical Review of World Energy 2005, S. 22

Dokumentation

Die Struktur der russischen Erdöl- und Erdgaswirtschaft im Wandel

Mit dem Ende der sozialistischen Planwirtschaft wurde die russische Erdölwirtschaft von der Erdgaswirtschaft organisatorisch getrennt. Die gesamte Erdgaswirtschaft wurde im Konzern Gazprom zusammengefasst. Die Erdölwirtschaft hingegen wurde in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in insgesamt 13 vertikal integrierte Firmen aufgeteilt, von denen drei direkt privatisiert wurden. Im Zuge von Übernahmen und weiteren Privatisierungen existierten 2002 noch 8 vertikal integrierte Erdölfirmer, von denen sich nur drei im Staatsbesitz befanden.

Aufgrund fehlenden Zugangs zu Erdgaspipelines mussten russische Erdölproduzenten assoziiertes Erdgas in der Regel verbrennen. Erst als Gazprom aufgrund zu niedriger eigener Produktion auf zusätzliche Lieferanten angewiesen war, konnten sowohl Erdölfirmer als auch unabhängige Erdgasproduzenten Marktzugang gewinnen. Der Anteil Gazproms an der russischen Erdgasproduktion sank so von 94% im Jahre 1998 auf 87% im Jahre 2004.

Im Zuge der Yukos-Affäre kommt es seit 2004 zu einem erneuten Wandel der Organisationsstruktur. Dabei wird der Anteil des Staates an der Branche wieder erhöht und der Einstieg Gazproms in die Erdölwirtschaft betrieben. Zentrale Entwicklungen sind dabei zum einen die Übernahme der größten Produktionsfirma von Yukos durch die staatliche Rosneft und zum anderen der Erwerb von Sibneft durch Gazprom. Der Erdgaskonzern wird damit zum fünfgrößten russischen Ölproduzenten. Im Ergebnis haben Firmen, die sich unter der Kontrolle der russischen Regierung befinden, ihren Anteil an der russischen Erdölproduktion von 5% im Jahre 2004 auf nun 26% gesteigert. Dabei befinden sich sowohl Gazprom als auch Rosneft nach dem für den Sommer 2006 geplanten Börsengang nicht vollständig im Staatsbesitz. Der Staat kontrolliert aber über eine Mehrheit im Aufsichtsrat das Firmenmanagement.

Tabelle 1: Der Anteil Gazproms an der russischen Erdgasproduktion (in Mrd. m³)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Russland	590,7	590,8	584,2	581,5	594,9	620,3	625,0
Gazprom	553,7	545,6	523,2	511,9	521,9	540,2	545,1
Ölfirmer	29,0	30,3	32,4	32,3	33,2	42,3	39,8
Unabhängige Gasproduzenten	-	14,1	25,2	35,5	41,3	40,2	40,1

Quellen: International Energy Agency 2002: 137; Landes et al. 2004: 48–49; UFG, Russia Morning Comment, 26 January 2005: 4; NewsBase, FSU Oil & Gas Monitor, No. 9, 9 March 2005; Unternehmensangaben.

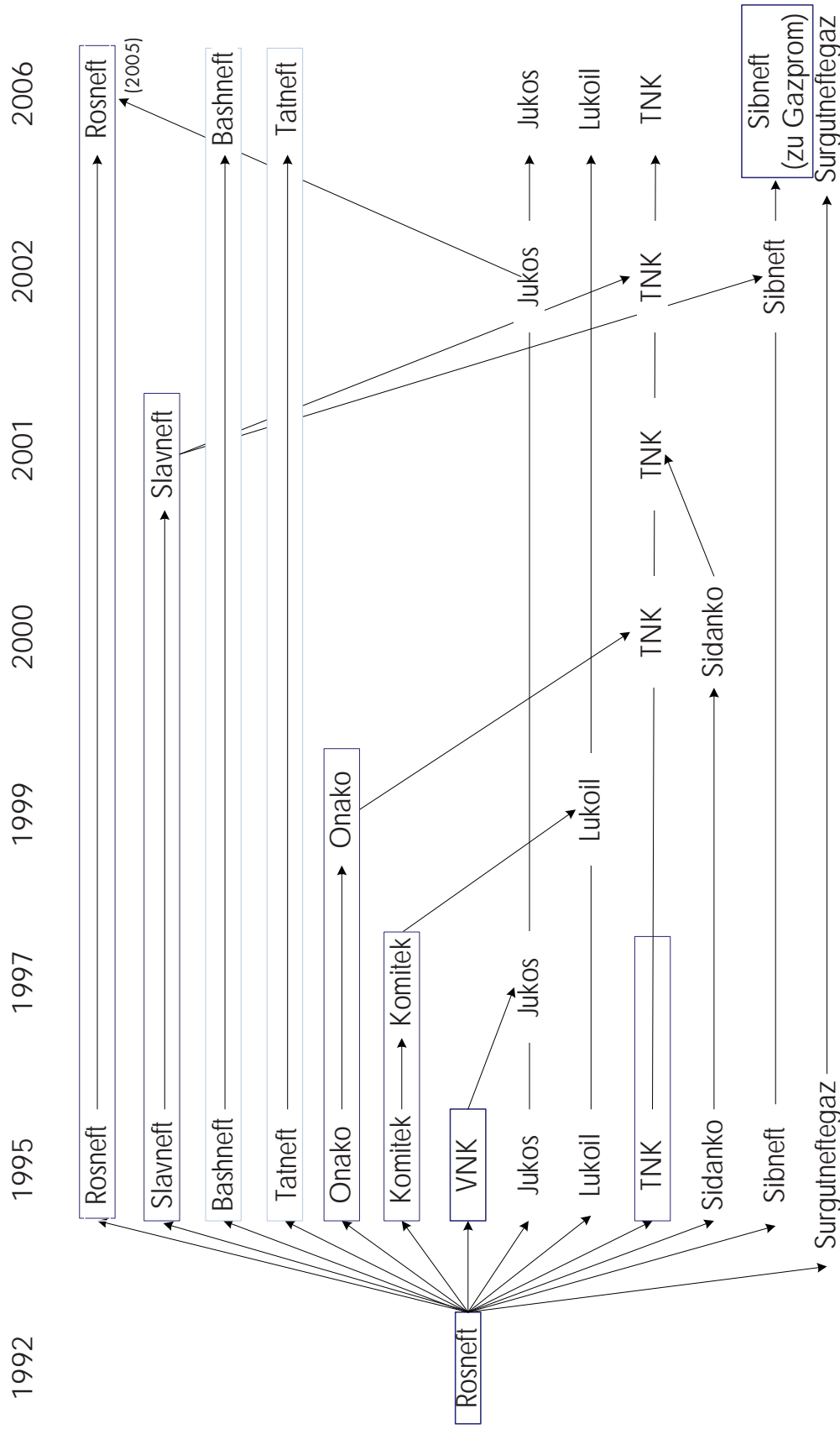
Tabelle 2 : Der Anteil von Staatsunternehmen an der russischen Erdölproduktion (in Mio. t)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Rosneft	12	13	13	13	12	12	14	15	16	19	22	75
Tatneft	24	25	25	25	24	24	24	25	25	24	25	25
Bashneft	18	17	16	15	13	12	12	12	12	12	12	12
Slavneft	13	13	13	12	12	12	12	15	(zu Sibneft und TNK)			
Onako	7	7	8	7	8	7	8	(zu TNK)				
Komi-TEK	5	6	8	9	9	(zu Lukoil)						
TNK	25	23	21	21	20	20	36	41	38	43	70	75
VNK	11	11	11	(zu Yukos)								
Lukoil	57	53	51	53	54	62	62	63	76	82	84	86
Jukos	37	36	35	47	45	45	50	58	70	81	86	23
Sidanko	26	23	21	20	20	20	11	16	(zu TNK)			
Sibneft	23	20	19	18	17	16	17	25	26	31	34	45
Surgutneftegaz	34	33	33	34	35	38	41	44	49	54	60	64
Übrige	27	27	24	34	38	37	30	33	69	75	66	65
Gesamt	318	307	301	306	303	305	323	348	380	421	459	470
Davon Staat insgesamt	257	247	115	102	78	67	70	67	53	55	59	157
	(81%)	(80%)	(38%)	(33%)	(26%)	(22%)	(22%)	(19%)	(14%)	(13%)	(13%)	(34%)
Davon Föderation	210	199	66	53	32	31	34	30	16	19	22	120
	(66%)	(65%)	(22%)	(17%)	(11%)	(10%)	(11%)	(9%)	(4%)	(5%)	(5%)	(26%)
Davon Regionen	47	48	49	49	46	36	36	37	37	36	37	37
	(15%)	(16%)	(16%)	(16%)	(15%)	(12%)	(11%)	(11%)	(9%)	(9%)	(8%)	(8%)

Unternehmen im Staatsbesitz sind farblich gekennzeichnet. Unternehmen im Besitz der Föderation dunkler und Unternehmen im Besitz von Regionen heller. Abweichungen der Summen durch Rundungen.

Quelle: Energieministerium der Russischen Föderation; InfoTEK; Unternehmensangaben.

Grafik 1: Der Konsolidierungsprozess in der russischen Erdölindustrie 1992–2006



Pfeile stellen den Gang der Unternehmensaktiva dar; im Falle des Übergangs an ein anderes Unternehmen kennzeichnet die Pfeilspitze das Jahr des Übergangs

Analyse

Gazprom in seiner Förderregion

Julia Kusznir, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Zusammenfassung

Der Autonome Bezirk der Jamal –Nenzen in Nordwest-Sibirien ist das wichtigste Fördergebiet von Gazprom mit einem Anteil von über 80% an der Gesamtproduktion des Konzerns. Gazprom hat deshalb erhebliches Gewicht in der Region. Seine Steuerzahlungen haben mittlerweile einen Anteil von über 70% an den Einnahmen des regionalen Haushalts. Der Konzern hat sich auch politisch engagiert. Vertreter Gazproms haben einen Stimmenanteil von 36% im Regionalparlament. In den letzten Jahren hat der Konzern verstärkt versucht, die regionale Politik unter seine Kontrolle zu bringen.

Einleitung

Der Autonome Bezirk der Jamal –Nenzen in Nordwest-Sibirien ist das wichtigste Fördergebiet von Gazprom mit einem Anteil von über 80% an der Gesamtproduktion des Konzerns. Der Haushalt des autonomen Bezirkes der Jamal-Nenzen wird zu 90% von Steuerzahlungen der hier tätigen Erdgas- und Erdölunternehmen finanziert. Dabei kommen etwa 60% der Steuereinnahmen von Tochterfirmen von Gazprom und weitere 10% von dem nun zu Gazprom gehörenden Ölunternehmen Sibneft.

Gazprom ist auch in der regionalen Politik vertreten. Zum einen bestehen enge Netzwerke mit den Kommunalverwaltungen der Förderorte, zum anderen sind Gazproms Vertreter auch direkt im Regionalparlament vertreten, wo sie in der Legislaturperiode 2000 bis 2005 einen Stimmenanteil von 28,8% hatten. Im neuen Regionalparlament hat Gazprom (einschließlich Sibneft) seinen Stimmenanteil auf 36,4% vergrößert, wobei der Konzern grundsätzlich von leitenden Managern seiner in der Region vertretenen Tochterfirmen im Parlament repräsentiert wird.

Gazproms Einstieg in die regionale Politik

Gazprom Engagement in der regionalen Politik begann mit den russischen Parlamentswahlen 1993, in denen der von Gazprom unterstützte Kandidat im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen nicht gewählt wurde. Sein Gegenkandidat gewann den Wahlkreis durch scharfe Kritik an Gazprom, nachdem der Gaskonzern mit Lohnzahlungen und Sozialleistungen in Verzug geraten war. Die Niederlage bei den nationalen Wahlen wurde allgemein als Denkwort der Region an Gazprom interpretiert. In Reaktion hierauf begann das Management von Gazprom in der regionalen Politik aktiv zu werden.

Als Ansatzpunkt hierfür wurde die Auswechslung des Gouverneurs durch Präsident Boris Jelzin gesehen.

Gazprom unterstützte den neuen Gouverneur, Juri Neжелow, und wählte in in seinen Aufsichtsrat. Auch bei den Gouverneurswahlen 1996 erhielt Neжелow die Unterstützung von Gazprom und den mit dem Konzern verbundenen Kommunalpolitikern. Er gewann die Wahlen mit 69% der abgegebenen Stimmen.

Die Kooperation zwischen Regionalverwaltung und Gaskonzern funktionierte auch auf der wirtschaftlichen Ebene. Im Februar 1995 schlossen Gazprom und die Regionalverwaltung ihr erstes allgemeines Partnerschaftsabkommen ab. Ab Januar 1997 wurden zusätzlich die finanziellen Beziehungen, insbesondere Gazproms Steuerzahlungen, durch jährliche Abkommen geregelt. Dabei wurden Rohstofflieferungen als Zahlung akzeptiert. Ergebnis waren eine Reihe fragwürdiger Geschäfte. So wurde etwa in das Abkommen von 1997 Itera integriert. Gazprom lieferte der Region Erdgas, das zum Großhandelspreis und nicht zum Marktpreis gegen Steuerschulden des Konzerns verrechnet wurde. Die Regionalverwaltung verkaufte das Gas zum gleichen Preis an Itera, was allerdings russischem Recht widersprach.

Trotz dieser Vorzugsbehandlung häufte Itera Steuerschulden an. Anstatt die Steuerschuld einzutreiben, trat die Regionalverwaltung die Schulden an Mezhrefiongaz, eine Tochterfirma von Gazprom, ab. Mezhrefiongaz wiederum beglich die Schulden mit Gaslieferungen, die erneut zum Vorzugspreis an Itera verkauft wurden. Im Ergebnis akkumulierte Gazprom erhebliche Steuerschulden, die sich Ende der 1990er Jahre auf rund 11 Mrd. Rubel (damals etwa 500 Mio. US-Dollar) beliefen.

Gleichzeitig wurde nach einer Gesetzesänderung das Vermögen der Tochterfirmen von Gazprom am Hauptsitz des Konzerns, also in Moskau, verbucht. Die Vermögenssteuer der Tochterfirmen im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen ging damit nicht mehr in den Haushalt des Autonomen Bezirks

sondern in den der Stadt Moskau. Die resultierende deutliche Reduzierung der Zahlungen Gazproms in den regionalen Haushalt führte zum Bruch mit der Regionalverwaltung. Hinzu kam, dass im Zuge der Reorganisation Gazproms Entscheidungsprozesse zentralisiert wurden, so dass die Leiter der Tochterfirmen weniger Spielräume in ihrer Beziehung zur Regionalverwaltung erhielten.

Regionale Politik ohne Gazprom?

Um Gazprom unter Druck zu setzen, erklärte der Gouverneur öffentlich, Lizenzen für Erdgasfelder nur noch in offener Ausschreibung zu vergeben, da „in der Region nicht nur Gazprom, sondern auch andere Unternehmen aktiv arbeiten möchten.“ Als Folge des Konfliktes wurde Nejelow 1999 nicht mehr in den Aufsichtsrat von Gazprom gewählt.

In Reaktion auf den Bruch mit Gazprom begann die Regionalverwaltung mit den in der Region vertretenen Erdölfirmen und unabhängigen kleinen Gasproduzenten zu kooperieren. Auf diese Weise sollte ein Gegenwicht zu Gazprom geschaffen werden, um die wirtschaftliche Abhängigkeit der Region zu mindern und damit auch politische Handlungsspielräume zurück zu gewinnen.

Bei der Entwicklung der regionalen wirtschaftlichen Konzepte zur Unterstützung der unabhängigen Gasproduzenten spielte der Vize-Gouverneur Levinson eine wichtige Rolle. Bis zum Einstieg in die Politik 1996 leitete Levinson das regionale geologische Unternehmen Purneftegazgeologia, das für Explorationsarbeiten zuständig war und damit die Informationen über die Gasressourcen in der Region besaß. Später gelang es dem Unternehmen mit Levinsons Hilfe, der als Vize-Gouverneur für die Lizenzvergabe zuständig war, Lizenzen für einige Erdgasfelder zu erhalten. Levinson war der größte Aktionär des Unternehmens und wurde 2001 im Rahmen der Fusion mit Novatek Großaktionär bei Novatek. Die Regionalverwaltung förderte nun über Lizenzvergaben und Steuererleichterungen, wie etwa eine Befreiung von der Vermögenssteuer, die Entwicklung von Novatek. Der Anteil der unabhängigen Gasproduzenten an der regionalen Produktion stieg so von 2% Ende der 1990er Jahre auf 13% im Jahre 2001.

Mit in der Region aktiven Erdölfirmen, namentlich Rosneft' und Sibneft', wurden von der Regionalverwaltung 1999 erste Partnerschaftsabkommen geschlossen. Zu den wichtigsten Punkten gehörte auf der Seite der Administration die Garantie von Steuererleichterungen und einer günstigen Behandlung bei der Lizenzvergabe und auf der Seite der

Unternehmen die Übernahme wirtschaftlicher und sozialer Verpflichtungen in der Region. Die Abkommen wurden für vier Jahre geschlossen und anschließend verlängert. Die Abkommen wurden durch regionale Gesetze umgesetzt, an deren Ausarbeitung die Vertreter der Erdölfirmen als Parlamentsabgeordnete aktiv beteiligt waren.

Insbesondere Rosneft' profitierte von dieser Kooperation. Die Firma konnte ihre Erdölproduktion in der Region stark ausweiten und in die Gasproduktion einsteigen. Im Gegenzug zahlte das Unternehmen seine Steuern pünktlich und investierte in die soziale Infrastruktur der Region. 2003 gingen so etwa 60% der Investitionen von Rosneft' in den Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen. Zusätzlich gelang es der Regionalverwaltung weitere Erdölfirmen zu einem Engagement in der Region zu bewegen, wie z.B. Lukoil, TNK und Jukos, die 2001 ihr Interesse am Erwerb der Lizenzen für neue Erdgasfelder bekundeten.

Der Wahlsieg bei den Gouverneurswahlen 2000 mit 88% der Stimmen bestätigte, dass es Nejelow gelungen war, eine alternative Machtbasis zu Gazprom zu finden. Sein Wahlkampf wurde von den unabhängigen Gasproduzenten und von den in der Region aktiven Erdölunternehmen unterstützt. Neben Nejelow traten nur zwei formal unabhängige Kandidaten an, die ihm de facto nahe standen. In den folgenden Jahren erhöhten das föderale Zentrum und Gazprom jedoch schrittweise den Druck auf die Regionalverwaltung.

Druck auf die Regionalverwaltung

Gazprom begann im gleichen Jahr durch Firmenübernahmen seinen Anteil an der regionalen Produktion zu erhöhen. Im Ergebnis verblieb Novatek als einziger unabhängiger Gasproduzent in der Region. Auch die Position der Erdölfirmen in der Region wurde geschwächt. Rosneft' als Firma unter der Kontrolle der föderalen Regierung konnte auf Dauer keine eigenständige Position in der Region behaupten. Mit der Übernahme von Sibneft' durch Gazprom im Jahre 2005 wurde auch die zweite große Ölfirma in der Region neutralisiert. Im Ergebnis waren die regionale Wirtschaft und damit auch die Finanzen der Region wieder vollständig von Gazprom abhängig. Dies zeigte sich daran, dass der Anteil der direkt oder indirekt von Gazprom kontrollierten Steuerzahlungen in den regionalen Haushalt auf über 70% stieg.

Gleichzeitig schwächte das föderale Zentrum die Position der Regionalverwaltung durch seine Förderung der Zusammenlegung der Autonomen Bezirke mit dem Gebiet Tjumen'. Die Regionalverwaltungen der Autonomen Bezirke mussten so Kompetenzen

an die Regionalverwaltung von Tjumen' abgeben. Zusätzlich schwächten die von Präsident Putin durchgesetzten allgemeinen Kompetenzbeschränkungen für Regionen auch die Position der Regionalverwaltung im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen. Die Neuregelung der Unternehmensbesteuerung und der Lizenzvergabe nahmen der Regionalverwaltung so wichtige Instrumente in den Verhandlungen mit den Öl- und Gaskonzernen.

Die im September 2004 eingeführte Ernennung der Gouverneure durch den Präsidenten setzte Nejelow unter zusätzlichen Druck, da seine Amtszeit bereits Anfang 2005 ablief. Um von Putin ernannt zu werden, musste er erhebliche Kompromisse eingehen. Insbesondere musste er sich von einigen Mitgliedern seiner Administration verabschieden, darunter Vize-Gouverneur Levinson. Bei den folgenden Wahlen zum Regionalparlament erhöhte sich der Anteil von Vertretern Gazproms von 13% auf 36%.

Resümee

Die Beziehung des Gouverneurs zu Gazprom prägt deshalb die Interaktion zwischen politischen und wirtschaftlichen Akteuren in der Region. Von 1994 bis 1999 kooperierte der Gouverneur mit Gazprom. Der Konzern unterstützt den Wahlkampf des Gouverneurs Nejelow und dieser wird im Gegenzug in den Aufsichtsrat von Gazprom gewählt. Gazprom erhält über formelle Abkommen erhebliche Steuerbegünstigungen, erfüllt jedoch im Gegenzug seine verbliebenen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem regionalen Haushalt und im sozialen Bereich nur sehr begrenzt. Zudem konzentriert der Erdgaskonzern Entscheidungsprozesse in Moskau und reduziert damit seine Verhandlungsbereitschaft gegenüber der regionalen politischen Elite. Ende der 1990er Jahre kommt es so zum Konflikt.

In einer neuen Phase von 2000 bis 2005 versuchte Nejelow so, durch die Zusammenarbeit mit ande-

ren Unternehmen ein Gegengewicht zu Gazprom zu schaffen und dadurch politische und wirtschaftliche Handlungsspielräume zurück zu gewinnen. Die Regionalverwaltung begann so Lizenzen für Erdgasfelder in offenen Ausschreibungen zu vergeben und dabei unabhängige Erdgasproduzenten zu fördern. Während Gouverneur Nejelow seinen Posten im Gazprom-Aufsichtsrat verlor, wurde sein Stellvertreter Aufsichtsratsmitglied bei mehreren mit Gazprom konkurrierenden Produktionsfirmen. Zusätzlich wurden mit den in der Region aktiven Erdölunternehmen Partnerschaftsabkommen ausgearbeitet, die über Steuererleichterungen eine Produktionssteigerung motivierten.

Im Ergebnis wuchs die wirtschaftliche Bedeutung der unabhängigen Gasproduzenten und der Erdölunternehmen für die Region, so dass die Abhängigkeit von Gazprom reduziert wurde. Im Gegensatz zu Gazprom erfüllten die anderen Unternehmen ihre Zusagen bezüglich Steuerzahlungen und Investitionen im Sozialbereich aber weitgehend. Gouverneur Nejelow gelang es so, auch ohne die Unterstützung Gazproms wiedergewählt zu werden.

Die Kooperation Gazproms mit dem föderalen Zentrum gegen die regionale politische Elite schwächte letztere aber anschließend erheblich. Der Verlust von Kompetenzen bei der Besteuerung und Lizenzvergabe und mehr noch die geplante Zusammenlegung mit dem Gebiet Tjumen' schränken die Handlungsfähigkeit der regionalen politischen Elite zunehmend ein. Nachdem die Gouverneure ab 2004 vom russischen Präsidenten vorgeschlagen werden, sah sich Nejelow gezwungen, enge Vertraute zu entlassen, um seinen Posten zu behalten. Gazprom, das seine Kontrolle über die Wirtschaft der Region in den letzten Jahren ausgeweitet hat, wird damit wieder an Einfluss gewinnen.

Redaktion: Heiko Pleines

Über die Autorin

Julia Kusznir ist Doktorandin an der Forschungsstelle Osteuropa. Ihre Dissertation befasst sich mit dem politischen Einfluss von Wirtschaftseliten in russischen Regionen am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie.

Pressestimmen

Die russisch-deutschen Konsultationen in Tomsk

Iswestija, 26.04.2006

Verhandlungen im Pelmeni-Format Jekaterina Grigorjewa, Tomsk

[...] Am Mittwoch verliefen die Konsultationen eher zwischen zwei Regierungschefs als zwischen zwei großen Regierungsdelegationen [...] „Ich hoffe, dass ich Sie heute Abend zu echten sibirischen Pelmeni einladen kann, sodass wir ein vollwertiges Programm haben“, versprach Putin. [...]

Es ist möglich, dass Merkel und Putin bei den Pelmeni nicht nur über [...] Angenehmes geredet haben, sondern auch z.B. über die Agenda für das Gipfeltreffen der G-8, die Berlin bei weitem nicht seelenruhig akzeptiert, da es die Ablehnung der Atomenergie verteidigt, weil diese nicht einer Konzeption einer sicheren Energieversorgung entspricht.

[...] In etwas mehr als einer Stunde konnten die beiden Regierungschefs hinter verschlossenen Türen [...] viel besprechen. „Ich habe mir alles angehört, was unsere deutschen Kollegen zu zusätzlichen Fragen bewegt und ich hoffe, dass unsere Position auch in allen Bereichen, die interessant sind, erläutert werden konnte“, erklärte Putin. In beiden Fällen ging es anscheinend um die Energie, was indirekt von Merkel bestätigt wurde, als sie sagte, dass gerade dieses Gebiet eines der Themen der Gespräche war.

Das Resultat der Tomsker Konsultationen ist eine ganze Reihe von Dokumenten, die am Donnerstag in Anwesenheit des Präsidenten und der Kanzlerin unterzeichnet werden. Das Wichtigste ist hierbei der Rahmenvertrag zwischen Gazprom und e.on über den Tausch von Firmenanteilen. Der Vertrag regelt den Zugang der deutschen Partner zur Förderung und zum Transport der Erdgasvorräte des Jushno-Russkoje-Gasfeldes: Der Konzern erhält mehr als 50% der Aktien und wird somit die erste ausländische Firma, die Eigentümer von russischen Bodenschätzen wird. [...]

<http://www.izvestia.ru>

Itar-Tass, 27.04.2006

Russische und deutsche Firmen unterzeichnen acht Vereinbarungen

Russische und deutsche Firmen, Banken und Regierungsbehörden haben acht Kooperationsverträge abgeschlossen. Der russische Präsident Wladimir Putin und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel waren bei der Zeremonie anwesend.

Der Präsident von Gazprom und der Vorstandsvorsitzende der BASF AG unterzeichneten eine Vereinbarung zum Tausch von Firmenanteilen im Rahmen des Projektes zur Erschließung des Jushno-Russkoje-Erdgasfeldes.

Die Russische Eisenbahngesellschaft und der deutsche staatseigene Betrieb Deutsche Bahn AG unterschrieben eine Erklärung zur Errichtung einer bilateralen Logistikfirma für den Transitgüterverkehr auf der Transsibirischen Eisenbahnlinie zwischen Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern auf der einen und asiatischen Ländern auf der anderen Seite.

Vneshekonombank und die Deutsche Bank schlossen eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit bei gemeinsamen Projekten im Rahmen der Partnerschaft zwischen Staat und Privatfirmen.

Vneshekonombank und die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) unterzeichneten einen Kooperationsvertrag zwischen Vneshekonombank, Roseximbank, der Russischen Entwicklungsbank und der KfW über Consulting und technische Unterstützung für die Implementierung der Pläne der russischen Regierung zur Schaffung des finanziellen Entwicklungsinstituts in Russland.

Die Russische Entwicklungsbank und die Deutsche Bank haben eine Kooperationsvereinbarung unterschrieben.

Das russische Ministerium zur Entwicklung der Regionen und das deutsche Ministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung über die Ergebnisse der Konferenz (die im Februar in Leipzig gehalten wurde) über die Erfahrungen von russischen und deutschen Stadtverwaltungen beim Wohnungsbau und bei der Modernisierung von technischer Infrastruktur und Regierungsprogrammen.

Das russische Transportministerium und das deutsche Ministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung über die weitere Zusammenarbeit im Bereich Verkehrsentwicklung.

Zwischen der Interregionalen Gemeinschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Subjekte der Russischen Föderation „Sibirische Vereinbarung“ und dem Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft wurde eine Vereinbarung über strategische Wirtschaftskooperation unterzeichnet.

www.itar-tass.com

Nachrichtenagentur RIA Novosti, 27.04.2006

Russland und Deutschland gründen gemeinsame Außenhandelskammer

In diesem Jahr wird eine russisch-deutsche Außenhandelskammer gegründet, teilte Wladimir Putin in Tomsk auf dem russisch-deutschen Wirtschaftsforum mit. „Frau Angela Merkel und ich haben uns darauf geeinigt, noch im laufenden Jahr einen neuen Mechanismus im System der bilateralen Beziehungen - die russisch-deutsche Außenhandelskammer - zu schaffen“, sagte der russische Präsident.

<http://de.rian.ru/business/20060427/46964089.html>

Nachrichtenagentur RIA Novosti, 27.04.2006

Volkswagen entscheidet sich für Investitionen in Russland

Ein Abkommen über den Bau eines Volkswagen-Montagewerkes in Russland kann im Laufe eines Monats unterzeichnet werden. Das teilte German Gref, der Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel der Russischen Föderation, mit. „Wir freuen uns, zu hören, dass Volkswagen die endgültige Entscheidung getroffen hat, in Russland zu investieren“, sagte der Minister.

<http://de.rian.ru/business/20060427/46960250.html>

Nachrichtenagentur Reuters, 27.04.2006

Putin sagt zuverlässige Gas-Versorgung zu

„Wir sind verlässliche Lieferanten Europas und der Welt“, sagte Putin anlässlich des Besuchs von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor deutschen und russischen Wirtschaftsführern am Donnerstag in Tomsk. Er unterstrich, Russland wolle ein maßgeblicher Energielieferant Europas bleiben, aber auch andere Märkte erschließen. [...]

Michael Glos, Bundeswirtschaftsminister: „Wir haben über viele Jahrzehnte auch in schwierigen Zeiten Russland als einen zuverlässigen Lieferanten von Erdgas erlebt. Es gibt keinen Zweifel daran, dass das auch künftig so sein wird. Sie sind vertragstreue Lieferanten“

<http://de.today.reuters.com>

Financial Times Deutschland, Internet-Ausgabe, 26.04.06

Russland wirbt für Hunderte Atomreaktoren

Regierungssprecher Ulrich Wilhelm skizziert die Themen der Gespräche: „Es wird um künftige strategische Investitionsschwerpunkte gehen, zum Beispiel im Bereich Automobilbau, in der Luft- und Raumfahrt, im Bereich Verkehr und Logistik, im Bereich der Gesundheit und Medizintechnik und der Energie“.

<http://www.ftd.de/politik/international/67940.html>

Financial Times Deutschland, Internet-Ausgabe, 26.04.06

„Die Chemie der Russenversteh“

Wirtschaftsminister Michael Glos findet das schöne Sprachbild, man solle „Feuer nicht noch mit Gas anfachen“. Damit meint er weniger die jüngsten russischen Äußerungen, sondern die Kritik in Deutschland und vor allem anderen Staaten an den Russen. Sollte es „atmosphärische Störungen“ gegeben haben, ließen die sich gewiss beheben, sagt Glos.

Selbst in Zeiten des Kalten Krieges, also einer „sehr viel schwierigeren Weltlage als heute sei immer geliefert worden... Es ist unnötig, so viele Debatten öffentlich zu führen, in der Praxis klappt alles recht gut“.

<http://www.ftd.de/politik/international/68268.html>

FAZ.NET, 27.04.06

Merkel deutet Kontroversen mit Putin an

Bundeskanzlerin Merkel warnte davor, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern nur im Zusammenhang mit Energiefragen wahrzunehmen. „Die Wirtschaftsbeziehungen reichen über Energie weit hinaus.“ Sie nannte etwa die Luftfahrt, die Medizintechnik sowie die Bereiche Verkehr, Banken und Finanzdienstleistungen.

„Unsere getroffene Vereinbarung zeigt, daß Rußland und Deutschland aufeinander bauen“, erklärte BASF-Vorstandschef Jürgen Hambrecht.

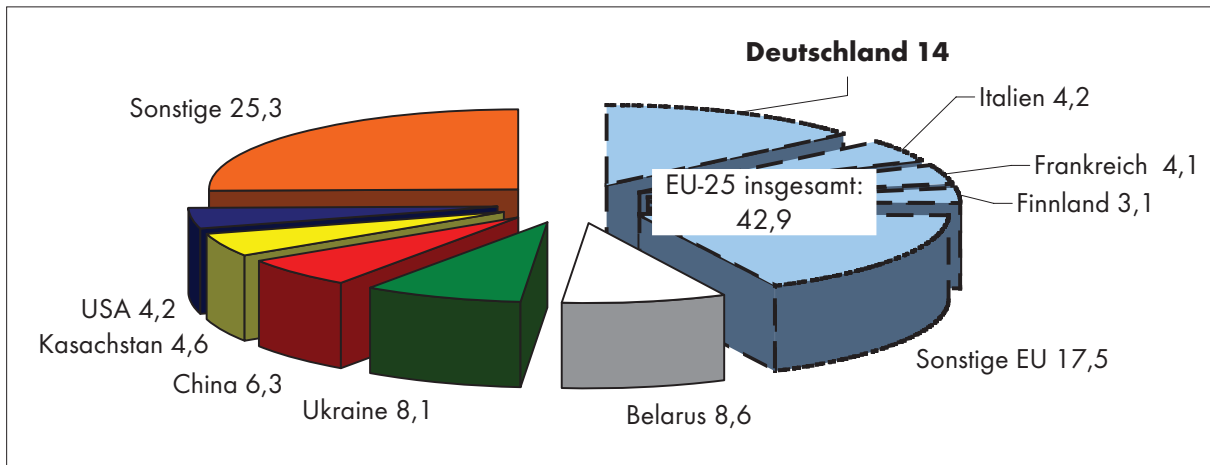
Gasprom-Chef Alexej Miller sprach von einem „gleichwertigen Tausch von Vermögenswerten in der Erdgasproduktion und Vermarktung, die die strategischen Interessen der beiden Unternehmen widerspiegelt“
<http://www.faz.net/s/Rub28FC768942F34C5B8297CC6E16FFC8B4/Doc- EA7B48435DB4B424891CC058379454025-ATp1-Ecommon-Scontent.html>

Übersetzung aus dem Russischen und Englischen (Iswestija, Itar-Tass): Matthias Neumann

Statistik

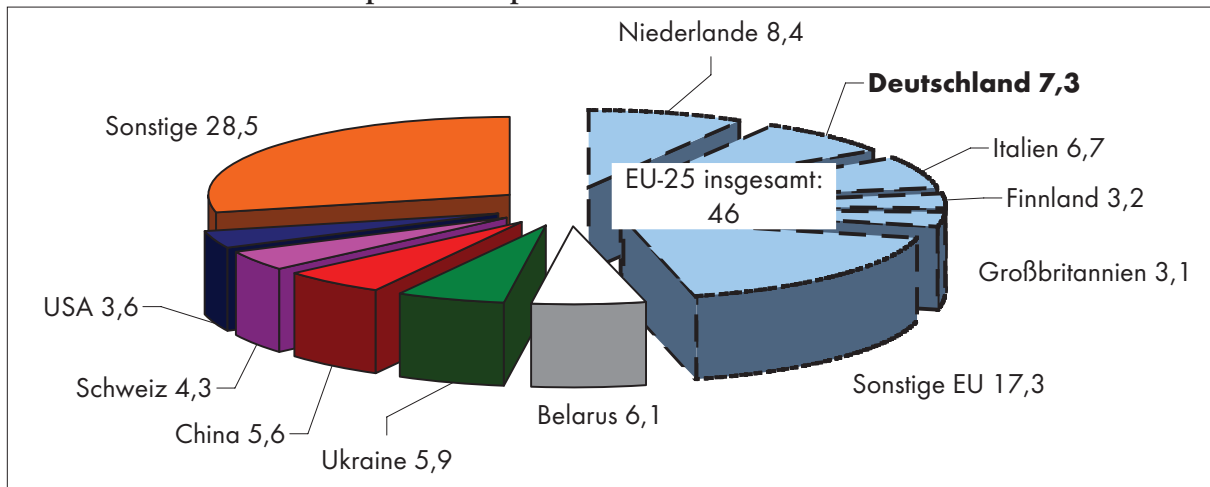
Russlands Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland

Grafik 1: Russische Handelspartner: Import 2004, in %

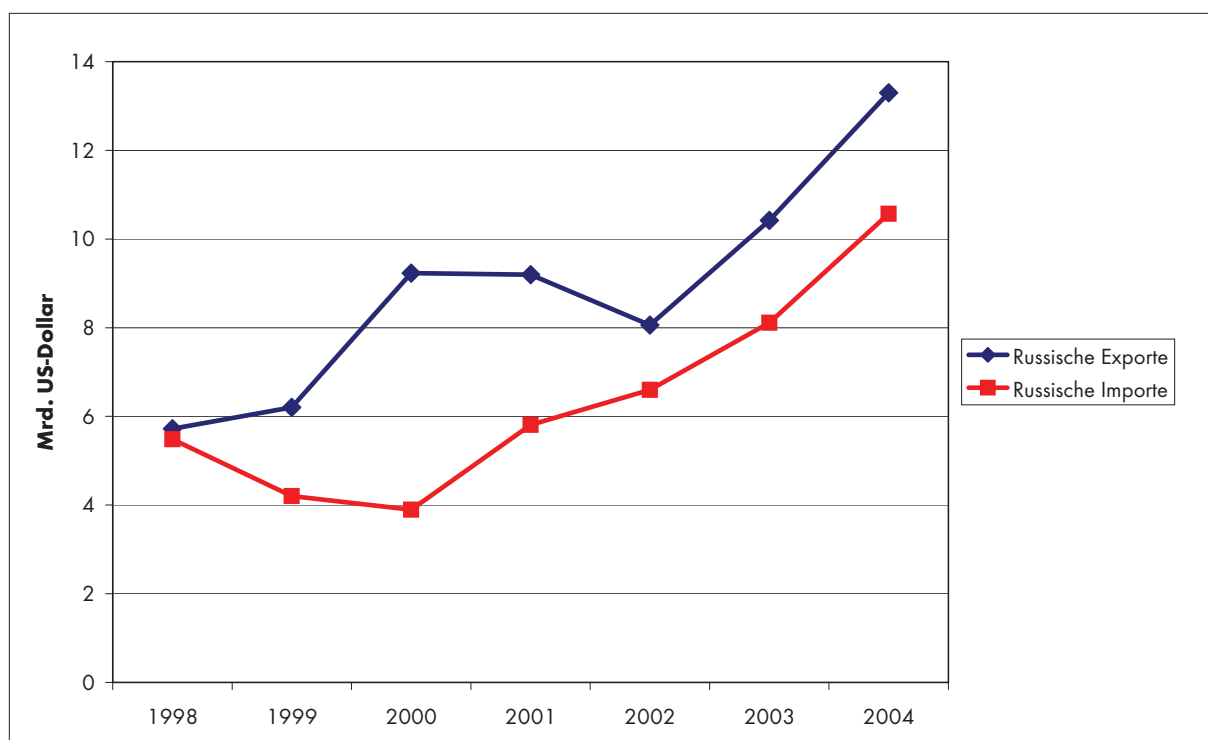


Quelle: Russisches Nationales Statistikamt, www.gks.ru

Grafik 2: Russische Handelspartner: Export 2004, in %



Quelle: Russisches Nationales Statistikamt, www.gks.ru

Grafik 3: Russlands Handel mit Deutschland (Außenhandel in Mrd. USD)


Quelle: Russisches Nationales Statistikamt, http://www.gks.ru/free_doc/2005/b05_13/23-07.htm

Tabelle 1: Deutsche Importe aus Russland nach Warengruppen 2004

1	Erdöl, Erdgas	70,8%
2	Mineralölerzeugnisse	4,7%
3	Kupfer- und Kupferlegierungen	3,3%
4	Nickel- und Koppellegierungen	2,3%
5	Aluminium. Und Aluminiumlegierungen	2,2%
6	Halbzeuge aus Aluminium	1,8%
7	Steinkohle und -briketts	1,8%
8	Chemische Erzeugnisse	1,6%
9	Sonstige	11,5%

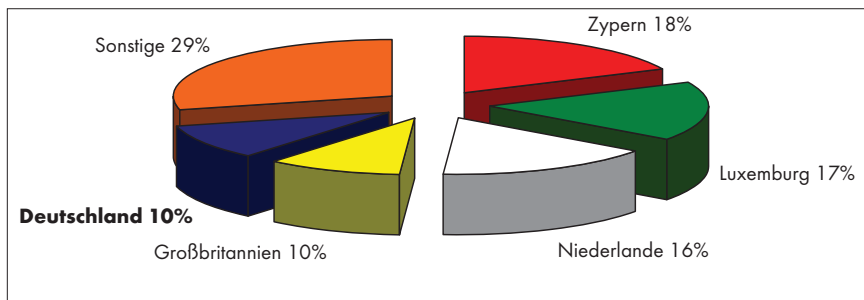
Quelle: Bundesagentur für Außenwirtschaft, www.bfai.de

Tabelle 2: Deutsche Exporte nach Russland nach Warengruppen 2004

1	Maschinen, Anlagen	19,0%
2	Nachrichtentechnik	8,3%
3	Elektrotechnische Erzeugnisse	6,6%
4	Kunststoffe und -waren	4,8%
5	Chemische Erzeugnisse	4,7%
6	Pkw, Wohnmobile	4,7%
7	Luftfahrzeuge	3,0%
8	Eisen und Metallwaren	3,0%
9	Pharmazeutika	2,9%
10	Kfz-Teile	2,1%
11	Sonstige	40,9%

Quelle: Bundesagentur für Außenwirtschaft, www.bfai.de

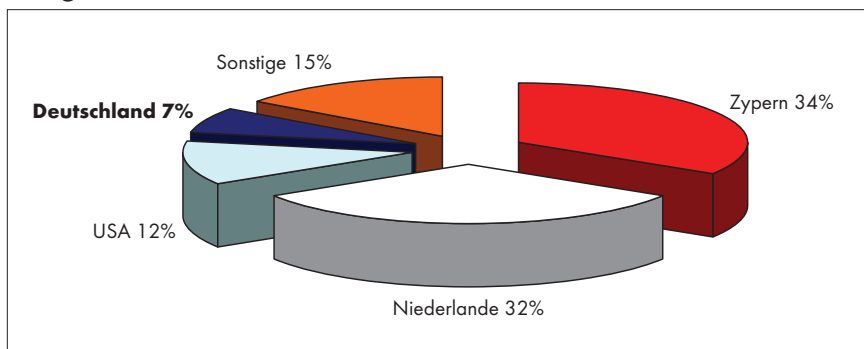
Grafik 4: Ausländische Investitionen in Russland nach Herkunftsland (insgesamt: 96,47 Mrd. USD)



Quelle: Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft,

http://www.ost-ausschuss.de/pdfs/feb_2006_stand_deutsch_russische_wirtschaftsbeziehungen.PPT

Grafik 5: Ausländische Direktinvestitionen in Russland nach Herkunftsland (insgesamt: 43,3 Mrd. USD)



Quelle: Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft,

http://www.ost-ausschuss.de/pdfs/feb_2006_stand_deutsch_russische_wirtschaftsbeziehungen.PPT

Umfrage

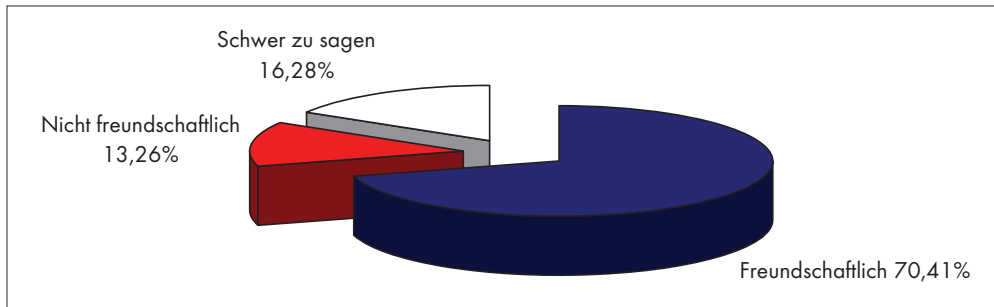
Die Meinung der Russen über Deutschland

Was ist für Sie das heutige Deutschland?

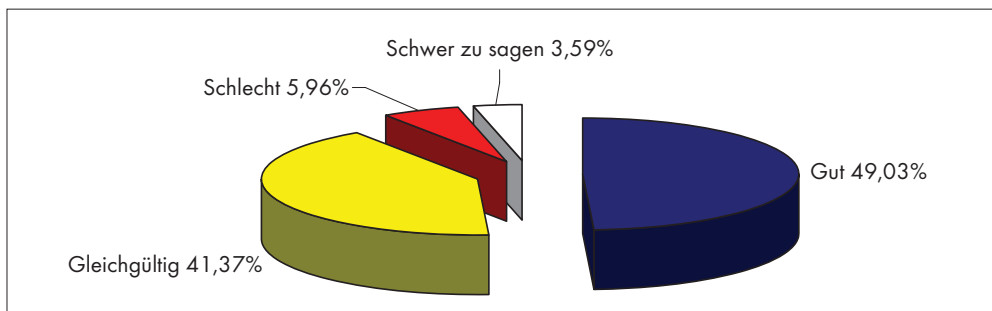
Ehemaliger Aggressor und Initiator des 2. Weltkrieges	18%
Ein ökonomisch erfolgreiches Land mit Vorbildcharakter	28%
Anführer der Europäischen Union	10%
Ein Land, aus dem qualitativ wertvolle Güter kommen	22%
Sicherer ökonomischer Handelspartner Russlands	11%
Ewiger Feind Russlands	3%
Ein gemütliches und schönes Land, wo man einige Zeit leben möchte	21%
Mitglied der NATO und unterstützer der USA	4%
Ein Beispiel dafür, wie man seine nationalen Interessen schützen sollte	9%
Heimat von Goethe, Kant und Beethoven	8%
Ein normales europäisches Land	27%
Sonstiges	0%
Schwer zu sagen	7%
Keine Antwort	1%

Quelle: Umfrage des WZIAM vom 15. und 16. April 2006, <http://wciom.ru/?pt=53&article=2557>

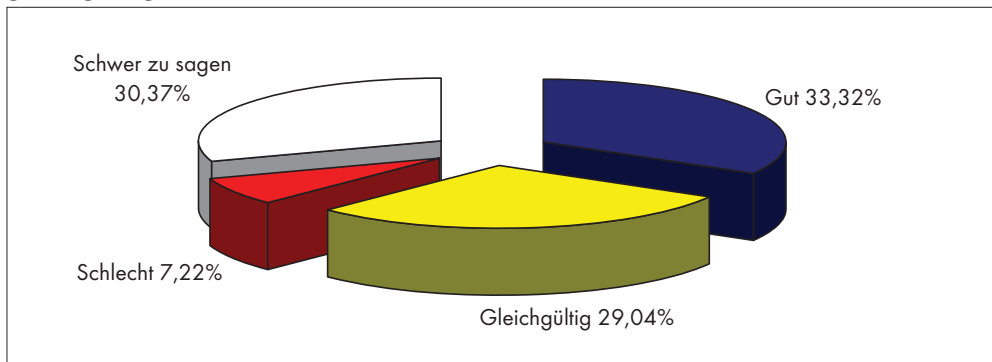
Was glauben Sie, ist Deutschland als Staat Russland gegenüber freundschaftlich oder nicht freundschaftlich eingestellt?



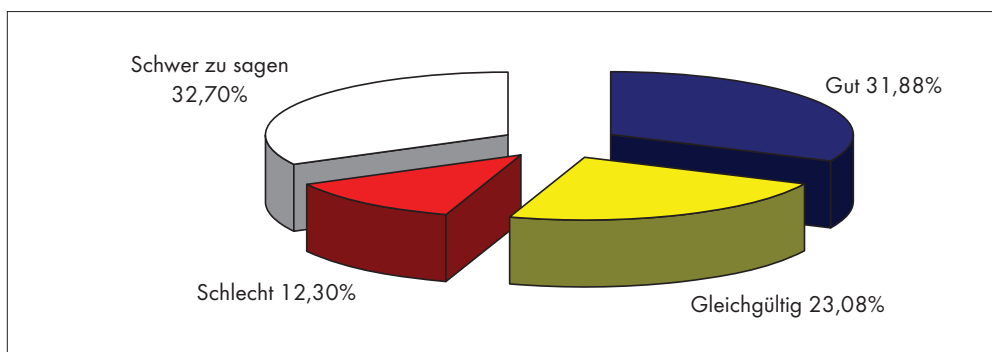
Wie stehen Sie persönlich zu Deutschland – gut, schlecht oder gleichgültig?



Wie steht Ihrer Meinung nach die Mehrheit der Russen zu Deutschland - gut, schlecht oder gleichgültig?



Was meinen Sie, wie steht heute die Mehrheit der Deutschen zu Russland – gut, schlecht oder gleichgültig?



Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 16. und 17. April 2005. <http://bd.fom.ru/zip/tb0516.zip>

Chronik

Vom 20. bis zum 27. April 2006

20.4.2006	Der „European Court of Auditors“ legt seine Evaluation der TACIS-Projekte der Jahre 1991–2003 vor. Nach seiner Einschätzung war die Russlandhilfe der EU im Wesentlichen unwirksam.
20.4.2006	Die Stiftung „Offenes Russland“ stellt ihre Tätigkeit ein. Am 17. März hatte die Generalstaatsanwaltschaft die Konten von „Offenes Russland“, das 2001 von dem Finanzmagnaten Michail Chodorkowskij gegründet wurde, eingefroren.
21.4.2006	Auf der Halbinsel Kamtschatka werden durch ein Erdbeben der Stärke 7,8 mehrere Gebäude zerstört sowie Stromversorgung und Telefonleitungen unterbrochen. Einige Personen werden leicht verletzt.
21.4.2006	Der Menschenrechtsbeauftragte der Russischen Föderation, Wladimir Lukin, veröffentlicht den Menschenrechtsbericht, den er im Februar dem Präsidenten vorgelegt hat, auf seiner Homepage http://ombudsman.gov.ru/
22.4.2006	In Moskau wird ein armenischer Student in der Metrostation „Puschkinskaja“ von Unbekannten erstochen. Zeugen wollen Skinheads beobachtet haben, die Polizei verhaftet einen Freund des Ermordeten.
23.4.2006	Die orthodoxe Kirche begeht das Osterfest.
23.4.2006	Eine Gruppe von 30–40 Jugendlichen attackiert auf der Metrostation „Uliza 1905 goda“ die Passagiere eines U-Bahnwaggons. Wenigstens einer von ihnen wird verletzt.
24.4.2006	Über 100 Angehörige der armenischen Minderheit in Russland blockieren in Moskau auf dem „Neuen Arbat“ den Verkehr, um gegen das Vorgehen der Polizei im Fall des am 22. April ermordeten armenischen Studenten zu protestieren.
24.4.2006	Semjon Wajnschtok, der Vorstandsvorsitzende von Transneft – das staatliche Unternehmen, das über das gesamte russische Ölpipelinennetz verfügt –, erörtert in einem Interview mit der „Nesawisimaja gazeta“ Chancen und Probleme der Sibirien-Pazifik-Pipeline, deren Bau unlängst genehmigt wurde. Westliche Medien lesen aus seinen Äußerungen Drohungen heraus, die Erdöllieferungen Richtung Europa zu kürzen.
25.4.2006	Im Dokusparinskij rajon (Dagestan) kommt es bei Demonstrationen gegen den Verwaltungschef des Rayons zu Zusammenstößen, bei denen die Sicherheitskräfte auch Schusswaffen einsetzen. Eine Person wird getötet, etwa 30 andere verletzt.
26.4.2006	Sergej Iwanow nimmt in Peking am Treffen der Verteidigungsminister der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit teil, das sich mit der Abwehr der „neuen Bedrohungen“ in Asien (Terrorismus, Extremismus, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen) beschäftigt. Die Verteidigungsminister vereinbaren für 2007 gemeinsame antiterroristische Übungen in Russland.
26.4.2006	Putin entscheidet überraschend, die Linienführung der Sibirien-Pazifik-Pipeline zu verändern und sie 40 km nördlich am Bajkal-See vorbeizuführen statt nur 800 m, wie dies die Planung von Transneft vorsah.
26.4.2006	Mit Gottesdiensten und Schweigeminuten gedenken zehntausende Menschen in der Ukraine, Belarus und Russland der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vor 20 Jahren. Am AKW Tschernobyl in der Ukraine versammeln sich frühere Mitarbeiter des Kraftwerks, um die Opfer zu ehren. Auf dem Roten Platz in Moskau nimmt die Polizei 13 Mitglieder der Umweltschutzorganisation Greenpeace fest, die trotz eines Demonstrationsverbots gegen die fortdauernde Atomkraftnutzung in Russland protestieren.
27.– 28.4.2006	Deutsch-russische Regierungskonsultationen in Tomsk. Präsident Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel erörtern u.a. Energiefragen und Möglichkeiten zur Lösung des Iran-Konfliktes.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de